

<https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/den-groessten-rentenklau-in-der-geschichte-der-bundesrepublik-sofort-beenden>

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG



Den größten Rentenklau in der Geschichte der Bundesrepublik sofort beenden

Pressemitteilung von Matthias W. Birkwald, 30. Januar 2019



„Der Kampf der Betroffenen und der LINKEN im Bundestag hat endlich die jahrelange Blockadehaltung von Union und SPD aufgebrochen. Die Halbierung des Beitragssatzes ist ein wichtiger erster Erfolg und wird heutige und zukünftige Betriebsrentnerinnen und -rentner spürbar entlasten. Dieser Erfolg darf jetzt nicht zwischen Gesundheits- und Finanzministerium aufgegeben werden. Jens Spahn und Olaf Scholz sind aufgefordert, den größten Rentenklau in der Geschichte der Bundesrepublik sofort zu beenden. Die Zeit der roten Zahlen für die Krankenkassen ist längst vorbei - unter anderem auch, weil durch die rückwirkende Verbeitragung von Betriebsrenten die Kassen saniert wurden. Genauso sind die Steuereinnahmen weiterhin stabil auf einem hohen Niveau“, erklärt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, zu dem am 29. Januar bekannt gewordenen Referentenentwurf zur Halbierung der Krankenversicherungsbeiträge auf Betriebsrenten. Birkwald weiter:

„Enttäuschend ist, dass in dem Referentenentwurf die Umwandlung der Freigrenze von 152,25 Euro in einen Freibetrag aufgegeben wurde und keinerlei rückwirkende Entschädigung für die Direktversicherten vorgesehen ist. Das wird bei vielen Direktversicherten mit Altverträgen, die seit 2004 den vollen Beitragssatz zahlen mussten, zu einer großen Enttäuschung führen. Ich werde heute im Gesundheitsausschuss noch einmal auf die Behandlung unseres Antrages drängen. Union und SPD müssen sich jetzt schnell einigen. Es ist an der Zeit, das Ende der Doppelverbeitragung in trockene Tücher zu bringen.“



Auch interessant

Arbeitsmarkt regulieren, Profiteure kriminalisieren

Im Wortlaut von Susanne Ferschl

Bundesregierung spart auf dem Rücken der Auszubildenden

Nachricht von Sabine Zimmermann

Internationaler Kindertag: Kinderarmut endlich den Kampf ansagen

Nachricht von Sabine Zimmermann

Rentenbesteuerung vereinfachen und Doppelbesteuerung vermeiden!

Im Wortlaut von Matthias W. Birkwald

Betriebliche Mitbestimmung: Bundesregierung tappt im Dunkeln

Nachricht von Jutta Krellmann

Gute Arbeit auch für Langzeiterwerbslose

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-22751170
Telefax: 030-22756128
fraktion@linksfraktion.de



⤴ Nach oben

Service

[Kontaktformular](#)
[Impressum](#)
[Datenschutz](#)
[Regionalbüros](#)
[Unsere Newsletter](#)
[Termine](#)
[Bestellformular](#)
[Sitemap](#)

Links

[die-linke.de](#)
[european-left.org](#)
[guengLeu](#)
[rosalux.de](#)
[bundestag.de](#)
[fraktionsverein.de](#)

Suche

„Der Kampf der Betroffenen und der LINKEN im Bundestag hat endlich die jahrelange Blockadehaltung von Union und SPD aufgebrochen. Die Halbierung des Beitragssatzes ist ein wichtiger erster Erfolg und wird heutige und zukünftige Betriebsrentnerinnen und -rentner spürbar entlasten. Dieser Erfolg darf jetzt nicht zwischen Gesundheits- und Finanzministerium aufgerieben werden. Jens Spahn und Olaf Scholz sind aufgefordert, den größten Rentenklau in der Geschichte der Bundesrepublik sofort zu beenden. Die Zeit der roten Zahlen für die Krankenkassen ist längst vorbei - unter anderem auch, weil durch die rückwirkende Verbeitragung von Betriebsrenten die Kassen saniert wurden. Genauso sind die Steuereinnahmen weiterhin stabil auf einem hohen Niveau“, erklärt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, zu dem am 29. Januar bekannt gewordenen Referentenentwurf zur Halbierung der Krankenversicherungsbeiträge auf Betriebsrenten. Birkwald weiter:

„Enttäuschend ist, dass in dem Referentenentwurf die Umwandlung der Freigrenze von 152,25 Euro in einen Freibetrag aufgegeben wurde und keinerlei rückwirkende Entschädigung für die Direktversicherten vorgesehen ist. Das wird bei vielen Direktversicherten mit Altverträgen, die seit 2004 den vollen Beitragssatz zahlen mussten, zu einer großen Enttäuschung führen. Ich werde heute im Gesundheitsausschuss noch einmal auf die Behandlung unseres Antrages drängen. Union und SPD müssen sich jetzt schnell einigen. Es ist an der Zeit, das Ende der Doppelverbeitragung in trockene Tücher zu bringen.“